

Antrag 65/I/2022**KDV Tempelhof-Schöneberg****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme in der Fassung der AK (Konsens)****PostDocs jetzt entfristen! – Unsere Anforderungen an § 110 des Berliner Hochschulgesetzes**

- 1 Wir fordern von den sozialdemokratischen Mitglieder des
- 2 Berliner Senats, sowie die Mitglieder der SPD-Fraktion des
- 3 Abgeordnetenhauses,
- 4
- 5 • dass das Schutzniveau des § 110 BerlHG für Post-
- 6 Docs nicht durch kommende Gesetzesanpassungen
- 7 gemindert wird: Das wissenschaftliche Personal soll
- 8 eine verlässliche gesetzliche Grundlage zur Entfris-
- 9 tung haben, Übergangsfristen sollen nicht verlän-
- 10 gert und eine Aushöhlung des Schutzes durch Aus-
- 11 nahmeregelungen soll verhindert werden.
- 12 • Die Finanzierung von PostDoc-Stellen, die durch die
- 13 Umstellung gefährdet sind, ist durch das Land Berlin
- 14 kurzfristig sicherzustellen, sodass Forschende sich
- 15 um eine Verlängerung oder eine neue Stelle küm-
- 16 mern können.
- 17 • Damit Berlin als Wissenschaftsstandort attraktiv
- 18 bleiben kann, ist darüber hinaus eine langfristige
- 19 Finanzierung entfristeter Stellen anzustreben, die
- 20 über das Plus von 3,5 Prozent in den Hochschulhaus-
- 21 halten hinausgeht.
- 22 • Die Hochschulen sind bei den durch das BerlHG
- 23 auf sie zukommenden strukturellen Veränderungen
- 24 insbesondere auch organisatorisch zu unterstützen.
- 25 • Die Förderung nachhaltiger Personalstrukturen soll-
- 26 te im Vordergrund des zukünftigen Handelns ste-
- 27 hen.

Begründung

31 Im Allgemeinen sind viele Neuerungen, die die Novelle des
 32 Berliner Hochschulgesetzes (BerlHG) eingeführt hat, be-
 33 grüßenswert. Auch wenn einige Missstände an Berliner
 34 Hochschulen im Rahmen der Novelle des BerlHG nur we-
 35 nig adressiert wurden, zeigte sich insbesondere in der Ver-
 36 besserung der Arbeitsbedingungen an Hochschulen der
 37 Wille, wirklich etwas zu bewegen: Eine allgemeine Entfris-
 38 tung von wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen ist erstre-
 39 benswert und hilft dabei, die Ungerechtigkeiten im Be-
 40 reich der Forschung zu minimieren. Bisher war es nämlich
 41 so, dass angehende Wissenschaftler*innen von Befristung
 42 zu Befristung wanderten, was v.a. für Frauen eher als ein
 43 Hindernis gesehen wurde, in die Forschung einzusteigen.
 44

45 Dennoch hat sich seit dem Inkrafttreten des überarbeite-
 46 ten BerlHG an Berliner Hochschulen nur sehr wenig verän-
 47 dert. Die Lage von PostDocs, also Menschen, die bereits ei-
 48 nen Dokortitel inne haben, hat sich seitdem kaum verän-

LPT I-2022 - Überweisen an: FA V - Stadt des Wissens**Annahme in folgender Fassung:**

Die SPD Berlin bekräftigt Ihre Beschlusslage zur Entwick-
 lung der Berliner Wissenschaft, wie grundlegend im An-
 trag 135.1/II/2019 erfolgt. Für die anstehenden Verhand-
 lungen über die Hochschulverträge werden sozialdemo-
 kratischen Mitglieder des Berliner Senats, sowie die Mit-
 glieder der SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses aufge-
 fordert, die Hochschulentwicklung insbesondere durch ei-
 ne Erhöhung des jährlichen finanziellen Aufwuchs von
 mehr als 3,5 % sicherzustellen.

Stellungnahme:

Eine Änderung des BerlHG steht aktuell nicht an, die
 Inhalte des Antrages sind auch bereits Beschlusslage
 (vgl. insbesondere Antrag 135.1/II/2019 Wissenschaft und
 Forschung in und für die (Stadt)gesellschaft: „Berliner
 Wissenschafts- und Forschungspolitik weiterentwickeln:

„Gute Arbeit und eine vorausschauende Personalentwick-
 lung bleiben zentrale Aufgaben einer sozialdemokrati-
 schen Wissenschafts- und Forschungspolitik. Wir wissen:
 Arbeit an Hochschulen ist oft prekär. Das ist nicht nur
 fatal für die betroffenen Personen, sondern führt auch
 zu einer schlechteren Qualität von Wissenschaft und For-
 schung. Als SPD wollen wir uns in den kommenden Jah-
 ren daher insbesondere für folgende Maßnahmen einset-
 zen, um **Gute Arbeit und Personalentwicklung** zu verwirk-
 lichen:

- Wir wollen den wissenschaftlichen Mittelbau wei-
 ter stärken, indem wir attraktive Forschungsstellen
 neben der klassischen Professur anbieten. Diese sol-
 len dauerhaft eingerichtet werden und sich durch
 wissenschaftlich eigenständiges Arbeiten auszeich-
 nen. Damit schaffen wir eine neue Personalkatego-
 rie an den Hochschulen.
- Wir wollen für alle dauerhaft zu erbringenden Ar-
 beiten Dauerstellen und gleiche Arbeit auch gleich
 bezahlen. Die Quote an dauerhaft Beschäftigten an
 den Berliner Hochschulen soll in den kommenden
 Jahren weiter deutlich erhöht werden.
- Ein Bereich, in dem es besonders viele befristet be-
 schäftigte Mitarbeiter*innen gibt, sind Drittmittel-
 projekte. Der „Sachgrund“ ist hier, dass die Mittel
 nur befristet gewährt werden. Gemeinsam mit den
 Hochschulen wollen wir innovative Arbeitsmodel-

49 dert, wenn nicht sogar verschärft. Ursprünglich war das
50 Ziel des §110 BerlHG die Entfristung von befristeten Stel-
51 len von wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen.

52
53 Die Hochschulen weigern sich bislang in unverhältnis-
54 mäßiger Weise sich der neuen Gesetzeslage anzupassen.
55 Symbolisch dafür steht die Verfassungsbeschwerde der
56 Humboldt-Universität und der Rücktritt der Präsidentin
57 Sabine Kunst. Wir fordern: § 110 BerlHG muss von den
58 Hochschulen ohne weitere Einschränkungen für PostDocs
59 umgesetzt werden!

60
61 Vor allem Frauen leiden weiterhin unter der Ungewiss-
62 heit, ob ihre Stellen in Forschung und Lehre entfristet wer-
63 den oder sie weiterhin von Befristung zu Befristung wan-
64 dern müssen.

65
66 Zudem geht der Schutz durch das Hochschulgesetz nicht
67 weit genug: Es regelt weder die strukturellen Folgen für
68 Hochschulen, noch klärt es, wie die Finanzierung der der-
69 zeit wissenschaftlich und künstlerisch Beschäftigten ge-
70 währleistet werden kann. Hochschulen sehen sich mit ei-
71 ner Situation konfrontiert, in der sie aufgrund fehlender
72 Unterstützung durch den Senat auf Täuschungen zurück-
73 greifen, um die Neuerungen des BerlHG zu umgehen. Da-
74 zu gehört u.a. die Einstellung von PostDocs mit Qualifi-
75 zierungszielen, die nicht mit einer Entfristung verbunden
76 sind: Obwohl § 110 BerlHG genau die Entfristung auf lan-
77 ge Sicht vorschreibt, verweigern Hochschulleitungen die
78 Umsetzung.

79
80 Langfristig führt dieses Vorgehen nur dazu, dass Berlin als
81 Wissenschaftsstandort unbeliebter wird. Darüber hinaus
82 sollte beachtet werden, dass die ursprüngliche Änderung
83 auch dazu diene, den Frauenanteil in der Forschung zu
84 erhöhen.

85
86 Die Koalition hat als Reaktion auf die Kritik der Hochschu-
87 len Anpassungen an § 110 BerlHG angekündigt und einen
88 Gesetzesentwurf diesbezüglich bereits vorgelegt. Für uns
89 ist klar: Die Fortschritte für PostDocs, die durch die Novelle
90 erreicht wurden, dürfen nicht zurückgenommen werden!
91 Die Einführung verlängerter Übergangsfristen lehnen wir
92 entschieden ab! Die prekären Beschäftigungssituationen
93 der PostDocs existieren bereits in der Gegenwart, es be-
94 steht keinerlei Notwendigkeit für ein Warten bis 2023.

le etablieren, durch die gewährleistet werden kann,
dass auch Drittmittelprojekte über unbefristet be-
schäftigte Forscher*innen durchgeführt werden, z.B.
durch so genannten „rolling contract“.

- Wir fordern, dass sich Senat und die sozialdemo-
kratischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses und
des deutschen Bundestages dafür einsetzen, dass
Drittmittel des Bundes nicht zwingend mit befrist-
eter Beschäftigung des wissenschaftlichen Mittel-
baus verbunden werden.
- Auch Stellen für die Einwerbung und Koordinati-
on von Drittmitteln sollen als Dauerstellen geführt
werden. So bilden sie einen Bereich des Wissen-
schaftsmanagements. Ein auf Dauer gestelltes, pro-
fessionelles Wissenschaftsmanagement beinhaltet
den Vorteil, dass unsere Wissenschaftler*innen und
Forscher*innen sich nicht hauptsächlich mit der Ak-
quise zukünftiger Gelder beschäftigen müssen.
- Wir wollen den Weg des tenure track weiter gehen,
denn er bietet den Wissenschaftler*innen Sicherheit
auf dem Weg zur Professur. In Berlin soll es in Zu-
kunft keine Juniorprofessur mehr geben, ohne dass
die über einen tenure track in einem geregelten Ver-
fahren zu einer Professur führt. Dabei muss die Frau-
enquote für tenure track Stellen 50 Prozent betra-
gen. Darüber hinaus wollen wir auch Wege finden,
um Stellen aus dem wissenschaftlichen Mittelbau
sinnvoll mit einem tenure track auszustatten.
- Das Berliner Chancengleichheitsprogramm soll als
wichtiges Instrument der Frauenförderung fortge-
führt und weiter entwickelt werden.
- Die Frauenbeauftragten der Hochschulen wollen
wir in ihren Kompetenzen und Ausstattung stärken
und geeignete Strukturen wie ein Netzwerk Diversi-
ty und Antidiskriminierung schaffen, um strukturel-
ler Diskriminierung umfassend und wirksam zu be-
gegnet.
- Wir werden uns dafür einsetzen, dass auch die stu-
dentischen Hilfskräfte an den Außeruniversitären
Forschungseinrichtungen in Zukunft nach dem TV
Stud bezahlt werden.“

Auch die Gesetzeslage entspricht dem Antrag. Allein die
Forderung nach einer Erhöhung der Hochschulhaushalte
steht aktuell an.